

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 1

Buchbesprechung: Bücher

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BÜCHER

DER BÜRGER UND SEINE VERANTWORTUNG

Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft 1966

Um die Jahreswende erscheint jeweils das Jahrbuch der NHG, das sich bemüht, Rückblick und Ausschau zu verbinden, um aus höherer Perspektive die Richtlinien politischer Verantwortung für unser Land zu bestimmen. Unter der Leitung des Redaktors und bisherigen Zentralpräsidenten der NHG, des in Bern wirkenden Genfers *Théo Chopard*, werden zahlreiche Aufsätze in einen größeren Rahmen gestellt, der im Buchtitel zum Ausdruck kommt, zum Beispiel «Die Schweiz in einer Welt der Entwicklung» (1962), «Die Schweiz zwischen heute und morgen» (1963), «Der Weg der Schweiz 1914—1964» (1964), «Der Föderalismus vor der Zukunft» (1965).

Als Motto für die diesjährige Besinnung wählte der Redaktor das Grundthema: *Tua res agitur, L'Etat c'est nous*. Er geht aus von den zahlreichen schweren Problemen, die uns bedrängen und die alle irgendwie zusammenhängen. Der selbstzufriedene Optimismus früherer Zeiten scheint ihm zu verschwinden und einem noch unruhigen neuen Gemeinschaftssinne Platz zu machen. Unruhe über die Größe der Aufgaben und Ungeduld gegenüber den Unzulänglichkeiten der bisherigen Lösungen werden manche Abseitsstehende aufrütteln. Aber das genügt noch nicht, denn die Kompliziertheit der Verhältnisse, Umfang und Tempo der Veränderungen lassen bei vielen ein Gefühl praktischer Ohnmacht aufkommen. Das Grundproblem besteht daher darin, die Einsicht in die praktischen Möglichkeiten bürgerlicher Verantwortung zu verdeutlichen und den Willen zu ihrer Übernahme zu stärken. Dazu muß der Bürger noch besser informiert und noch besser «formiert» werden. Davon ist in den mehr als zwanzig Beiträgen im einzelnen die Rede.

Neben der Unruhe über die Vielfalt der sachlichen Probleme gibt es auch ein Mißbehagen über das Ausmaß an unsachlicher

Kritik. Bundesrat Wahlen hat bei seinem Rücktritt aus der Landesbehörde vor dieser Kritik um der Kritik willen gewarnt und damit den Eindruck verstärkt, daß diese unerfreuliche Zeiterscheinung mit ein Grund war für den relativ frühen Rücktritt des hervorragenden Magistraten. — Um so bedeutender erscheint uns das Problem, das *Richard Reich* in seinem Aufsatz behandelt: «Erziehung zum Konsens — ein Kernproblem der Staatsbürgerkunde.» Der Verfasser geht aus von den drei Ordnungselementen (Konsens, Sanktion und Instanz), die der Zürcher Staatsphilosoph Hans Barth unterschieden hat. Hinter der Verfassung und den Institutionen muß eine Übereinstimmung in fundamentalen Anschauungen lebendig sein, die sich in den Sitten äußert und das ganze Wertsystem der Gemeinschaft trägt. Eine gesunde Ordnung beruht darauf, daß alle diese drei Elemente, Institutionen, Sanktionsgefüge und geistige Haltung gleichermaßen entwickelt und bis zu einem gewissen Grad aufeinander abgestimmt sind.

Dies zu erreichen, ist unter anderem auch die Aufgabe der politischen Erziehung. Es genügt daher nicht, die rechtlichen Instanzenzüge sichtbar zu machen und die machtpolitischen Verhältnisse von außen zu betrachten. Die Unterweisung wird erst dann richtig tragfähig, wenn es gelingt, eine politische Verhaltenslehre zu entwickeln und auf diese allgemeineren menschlich-sittlichen Grundlagen abzustützen. Freilich zeigt sich dabei eine große Schwierigkeit: einerseits bedarf die Demokratie einer solchen Übereinstimmung. Andererseits gewährt der liberale Staat ein Höchstmaß an Freiheit, so daß innerhalb der liberalen Demokratie unterschiedliche Ordnungsideen im Wettbewerb nebeneinander stehen, miteinander ringen können. Im Unterschied zum totalitären Staat kann es deshalb keine geschlossene

westlich-demokratisch-liberale Ideologie geben.

Positiv glaubt der Verfasser folgende Mindestforderungen einer allgemeinen Übereinstimmung erwarten zu können: Inhaltlich die Bejahung der Freiheit (mag sie auch im einzelnen verschieden begründet und interpretiert werden) und methodisch die loyale Zustimmung zum Prozeß der Wahrheitsfindung durch den öffentlichen Dialog. Diese Methode ergibt sich aus der Einsicht, daß kein menschliches Wesen die ganze Wahrheit allein besitzt. Sie führt zu einer offenen Ordnung, die einem steten Prozeß der Erneuerung und Anpassung unterworfen ist. Freilich will gerade die Praxis des Kompromisses jungen Leuten nicht leicht eingehen. Sodann kann das Recht auf Kritik und Opposition, wie unter anderem deutsche Beispiele zeigen, derart strapaziert werden, daß die Grundlagen der Demokratie unterhöhlt werden. Gerade daraus ergeben sich einige wichtige Folgerungen: Die gemeinsamen Fundamentalüberzeugungen dürfen sich nicht auf die Berufung auf abstrakte Rechte beschränken, sondern müssen die Loyalität gegenüber der konkreten Gemeinschaft in sich schließen. Politisches Ziel ist letztlich nicht der Sieg über einen inneren Feind, sondern die vernünftige Ordnung des Gemeinwesens, das Freund und Gegner umschließt. Von da aus gesehen haben auch die traditionelle großzügige eidgenössische Minderheitenpolitik und das demokratische «Erdauern» wichtiger Entscheide ihren guten Sinn.

Die Aufgabe der Schule kommt noch in verschiedenen Aufsätzen zur Sprache, etwa durch den Gymnasiallehrer *Ulrich Im Hof*: «Das ethische Problem der politischen Bildung» oder durch den Berufsberater *Max Schärer*: «Die Lebensnähe ist eine Existenzfrage des staatsbürgerlichen Unterrichts.» — Besonders bedeutsam aber scheint mir die Veröffentlichung des *Mémoire des «Rencontres Suisses»* aus Lausanne. Im Rahmen dieser Treffen wurde unter anderem die Gruppe «Jeunesse» gebildet, deren siebzehnteiliger Bericht über «Jeunesse et la vie civique» nun hier veröffentlicht wird. In diesem Seminar fanden sich über 40 Persönlichkeiten aus den meisten Kantonen der Westschweiz zu-

sammen, so daß ihm eine gewisse repräsentative Bedeutung zukam. Die Überlegungen gingen aus von der Feststellung, daß Föderalismus und direkte Demokratie auf der effektiven Teilnahme der Bürger beruhen, daß aber heute zu viele indifferent abseits stehen, so daß sich Maßnahmen aufdrängen, vor allem auch in der Schule. Denn die Erziehung zum Bürger ist eine wesentliche Aufgabe der Schulung, wobei die drei Etappen der Entwicklung des sozialen, des bürgerlichen und des politischen Sinnes unterschieden werden. In einem ersten Teil werden zahlreiche Gründe für die staatsbürgerliche Gleichgültigkeit aufgezählt, Gründe wirtschaftlich-technischer, innenpolitischer und kultureller Art, zum Beispiel «L'absence d'une politique de la jeunesse aux échelons fédéral et cantonaux», die Tatsache «que bien des écrivains, artistes et professeurs ne s'intéressent guère aux problèmes nationaux qu'ils traitent avec dédain et superficialité». Die Staatsbürgerkunde der Schule vermag heute ihre Aufgabe nur ungenügend zu erfüllen, und ihre Lehrer erhalten an der Hochschule keine ausreichende Ausbildung für diese Aufgabe.

Im zweiten Teil werden unter anderem folgende Vorschläge unterbreitet: alle verantwortlichen Behörden und Lehrer müssen sich bewußt werden, daß eine bessere «formation civique» notwendig ist. Das Programm der Eidgenössischen Maturität solle in Schweizergeschichte und Staatsbürgerkunde erweitert werden. In allen Mittelschulen solle der Entwicklung des sozialen, bürgerlichen und politischen Sinnes größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Für die Sechzehn- bis Zwanzigjährigen solle vier Jahre lang jede Woche eine Stunde Staatskunde betrieben werden. Andererseits müsse sich die Lehrerschaft der gegenwärtigen Überlastung der Programme und der sich daraus ergebenden Hetze mit aller Kraft entgegenstellen, denn die soziale Gesinnung kann sich nur in einer vertrauensvoll-entspannten Atmosphäre entwickeln.

Sehr interessante Teillösungsversuche werden in nahe Aussicht gestellt durch die Berichte von *Anne-Marie Im Hof* und *Martin Meyer*. Ausgehend vom Extremtypus des introvertierten, skeptisch-zurückhaltenden «Bü-

cherwurm»-Geschichtslehrers, der nun plötzlich eine lebendige Staatskunde vermitteln soll, wird die Notwendigkeit einer fortlaufenden Hilfe nochmals unterstrichen. Professor Erich Gruner will mit seinem Berner «Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik» auch dem Gymnasiallehrer aktuelle Dokumente zur Verfügung stellen und zudem ein neues staatsbürgerliches Lehrbuch schaffen. Neu ist nun aber vor allem der Hinweis auf das jüngst gegründete Zentrum des Stapferhauses auf Schloß Lenzburg. Dort sollen nun in regelmäßigen Abständen in übersichtlichen Gruppen für Staatskundelehrer staatsbürgerliche Fortbildungskurse oder Seminarien durchgeführt werden. Zum Teil wird es darum gehen, durch Referate von Hochschul Lehrern das theoretische Wissen zu ergänzen. Andererseits sollen vor allem auch Kontakte mit Praktikern aus Regierung, Wirtschaft und so weiter vermittelt und instruktive Besichtigungen organisiert werden, um mit der politischen Realität in Berührung zu kommen. Der Leiter des Stapferhauses verspricht zudem, daß es nicht darum gehe, eine stramm ausgerichtete «geistige Landesverteidigung» zu organisieren und jeden Teilnehmer auf einen bestimmten «Realismus» festzulegen. Die persönliche Verantwortung des einzelnen und damit auch ein beträchtlicher freier Spielraum werden hochgehalten. Auch die «Gegenwartskunde» soll nicht durch ein Übermaß zutode geritten werden. In echter Gemeinschaft sollen wirkliche Grundfragen erörtert und eine wahrhafte Offenheit erstrebt werden, auch für neue Ziele und neue Antworten.

Der neue Zentralpräsident der NHG, *Oscar Reck*, Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung», schreibt über «Die Demokratie als Darstellungsproblem». Es geht ihm um die Rolle der Presse im demokratischen Kleinstaat. Vom Standpunkt der staatsbürgerlichen Verantwortung aus ist es klar, daß die Presse nicht einfach ein Geschäft sein darf, sondern als öffentlicher Dienst aufgefaßt werden sollte. Freilich sind die Aufgaben heute so groß, «daß es krasser als je zuvor im Journalismus nur Grade des Scheiterns gibt». Die täglichen Anforderungen

stellen heute in vielen Fällen eine derartige Überforderung dar, daß ihnen der eine mit dem Ausweichen in Äußerlichkeiten begegnet und der andere seinen Einsatz mit vorzeitigem Verschleiß bezahlt. Die Forderung, nicht nur zu informieren, sondern verantwortlich Stellung zu beziehen, ist um so wichtiger geworden, weil wir in einem Umbruch stehen, in dem die Grundlagen unserer Politik, Föderalismus, direkte Demokratie, Landesverteidigung, Außenpolitik und so weiter nicht einfach routinemäßig weitergeführt werden können, sondern von Grund auf neu überdacht werden müssen. Auch unsere junge Generation interessiert sich für unsere Fundamentalprobleme und auch für die Aufgaben der Presse. Aber auch die Schule muß mithelfen, dieses Verständnis zu fördern, damit eine kritische Leserschaft ihre Funktion als legitime Kontrollinstanz der Presse richtig zu verstehen und auszuüben vermag.

In sachlicher Nachbarschaft zur Presse stehen auch die wichtigen Themen der Darlegungen von *Hugo Faesi*, Bundeshausredaktor des «Tagesanzeigers», Zürich: «Von der Informationspflicht der öffentlichen Hand. — Ein Beitrag zum Abbau des Mißtrauens», und von *Friedrich Salzmann*, Redaktor am Radio-Studio Bern: «Massenmedien in der Demokratie.» Auch letzterer betont die sehr kritisch gewordene Situation der Referendums-Demokratie. Angesichts der beinahe unübersehbar gewordenen Fülle komplizierter Sachfragen gebe es nur zwei Möglichkeiten: entweder einen problematischen Abbau der Volkssouveränität zugunsten von Experten oder dann eine wesentlich intensivere staatsbürgerliche Schulung. Dafür könnten auch Radio und Fernsehen in vermehrtem Maße eingesetzt werden.

Oberstkorpskommandant *R. Frick* berichtet über den staatsbürgerlichen Unterricht in den Rekrutenschulen, den er als Ausbildungschef einführte und 1965 modifizierte. In seinem Sinn handelt es sich vorwiegend um unpolemische, objektive Informationen über nationale Probleme, erteilt von den Einheitskommandanten, mit der Möglichkeit zu freien Aussprachen. Die jungen Einheitskommandanten ihrerseits werden durch

Männer aus «Heer und Haus» instruiert. Eine neuliche Umfrage hat ergeben, daß die große Mehrheit auch der Rekruten mit der Neuerung einverstanden ist, ja sogar eine Erweiterung wünscht. Im übrigen setzt sich der Verfasser noch mit einigen Kritiken auseinander. — Darauf folgt ein gehaltvoller Artikel von *Andrée Weitzel*, Leiterin des FHD, über «Le Service complémentaire féminin et l'éducation civique de la femme».

C. F. Ducommun, Generaldirektor der PTT, äußert geistvolle «Réflexions typologiques sur la formation des cadres et leur civisme». Die immer größere Bedeutung der Wissenschaft und damit des wissenschaftlichen Menschentyps erfüllen ihn mit Optimismus, vorausgesetzt, daß eine allgemeine Bildung gewährt und ein integraler Humanismus verwirklicht werden kann. Mit einer überlegenen Menschlichkeit wird es gelingen, auch die notwendige Zustimmung der Arbeiter zu erreichen. Mehr als bloß wirtschaftliche Kompetenz wird auch notwendig sein, um das Verhältnis zur welschen Schweiz wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, denn ein wichtiger Grund für das dortige Malaise liegt in der wachsenden Abhängigkeit von deutschschweizerischen Unternehmungen.

Offensichtlich unvollständig kommen auf dem knappen Raum zwei sehr wichtige Problemgruppen zur Darstellung. Der protestantische Pfarrer *Andreas Lindt* schreibt: «Vom Beitrag der Kirche zur politischen Bildung.» Das katholische Pendant fehlt. —

Rolf Deppeler, Sekretär der Universität Bern, äußert sich über «Bildungsfragen der Universität». Er betont den wachsenden Abstand der heutigen Hochschulwirklichkeit von den Idealen des Neuhumanismus. Auch die Versuche mit dem «studium generale» sind zur Hauptsache gescheitert. Eine durchgehende philosophische Schulung oder eine allgemeine «staatsbürgerliche Aufklärung» kommt nicht in Frage.

Zum Schluß sei noch eine weitere Gruppe von Artikeln wenigstens kurz erwähnt: *Hans Peter Matter*: «Der Bürger und die demokratischen Institutionen»; *Hans Tschäni*: «Eine Chance für die Parteien und Verbände»; *Edmond Tondeur*: «Der Bürger und sein politisches Milieu.» Letzterer betont im Anschluß an R. F. Behrendt, daß wir uns in einem großen Kulturwandel befinden, an den sich alle anpassen müssen. Das Grundproblem ist «nicht so sehr zu lösen durch eine bessere politische Erziehung, als vielmehr durch die Überwindung der Trägheit unserer politischen Strukturen.» — Von der staatsbürgerlichen Erziehung allein darf sicher nicht zu viel erwartet werden. Im großen Rahmen der allgemeinen Bemühungen um die Bewältigung der gewaltigen neuen Aufgaben kommt ihr aber eine erhebliche Bedeutung zu. Das wird deutlich aus einer ganzen Anzahl von Beiträgen in diesem reichhaltigen und wertvollen Jahrbuch.

Jakob Steiger